

Deutsche Uhrmacher-Zeitung



Bezugspreis

Für Deutschland für den Bezug von der Geschäftsstelle monatlich 1,50 Goldmark, unter Streifband 1,85 Goldmark; bei direkter Bestellung bei der Post monatlich 15,— Goldmark. Für das Ausland (unter Streifband) Jahresbezugspreis 25,— Goldmark in Landeswährung (6 U. S. A. \$, 35 Schweizer Franken usw.)

Die Deutsche Uhrmacher-Zeitung erscheint regelmäßig an jedem Sonnabend.

Preise der Anzeigen

Raum von 1 mm Höhe und 47 mm Breite für Geschäfts- und vermischte Anzeigen 0,24 Goldmark, für Stellen-Angebote u. -Gesuche 0,15 Goldmark. Die ganze Seite wird mit 225,— Goldmark berechnet. (Die vorstehenden Preise ergeben sich aus: Grundpreis \times Multiplikator 1,5 Goldmark).

Postscheck-Konto 2581 Berlin
Telegramm-Adresse: Uhrzeit Berlin
Fernsprecher: Merkur 4660, 4661, 7688, 739, 2534

Uhren-Edelmetall- und Schmuckwaren-Markt

XLVIII. Jahrgang

Berlin, 12. April 1924

Nummer 15

Alle Rechte für sämtliche Artikel und Abbildungen vorbehalten / Nachdruck verboten

Schutz gegen Unterbietung im Uhrmachergewerbe

Von Justizrat Dr. Boerne, Berlin

Als um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Eisenbahnen und Dampfschiffe, die Anlegung telegraphischer Leitungen, die Entwicklung der Zeitungen und des Inseratenwesens, des Postverkehrs durch Einführung der Briefmarke und die Ausbildung maschineller Betriebe dem Geschäftsverkehr, der Industrie und dem Handel unbegrenzte Möglichkeiten zu eröffnen und dem Rührigen und Tatkräftigen das Tor zum Reichtum weit aufzutun schienen, sah man in der Freiheit des Verkehrs das Allheilmittel für alle wirtschaftlichen Nöte. So selbstsicher, wie der Rationalismus des 19. Jahrhunderts die Welträtsel, an denen der menschliche Verstand seit Jahrtausenden sich zermartert hatte, gelöst zu haben meinte, glaubten die Nachfahren von Adam Smith aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch Niederreißung der Handels- und Gewerbeschränken Herr zu werden. Wie immer auf dem endlosen Leidensweg der Menschheit, erwies es sich, daß auch diese Wirtschaftspolitik von alten Beschwerden nur freimachte, um neuen Nöten Eingang zu schaffen. Die schrankenlose Freiheit des Unternehmertums brachte weder dem Verbraucher, noch dem Gewerbe- und Handeltreibenden den erhofften Segen. „Billig und schlecht“ triumphierte. Der Rücksichtslose, Verschlagene verdrängte vielfach den Gewissenhaften und Ehrliebenden. Die gegenseitige Unterbietung im Kampf um den Kunden ließ vielfach den Unternehmern nur spärlichen Verdienst oder überhaupt keinen. In der Wahl der Mittel zum Kundenfang schwanden immer mehr die vordem geachteten und gewährten Grenzen des Anstandes. So erhob sich, zunächst zaghaft und leise, dann immer eindringlicher und stärker die Forderung nach der Abkehr von den Truglehren schrankenloser wirtschaftlicher Freiheit. Zollgrenzen, Wiederaufrichtung der Innungen, Zusammenschluß der Unternehmer in Kartellen und anderen Verbänden und Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb wurden gefordert und durch Gesetzgebung und

Rechtsprechung oder mittels vertraglich aufgebauter Unternehmervereinigungen im Wege der Selbsthilfe geschaffen.

Die erste gesetzgeberische Tat war die Wiederbelebung der Innungen durch mehrere Novellen zur Gewerbeordnung in den 80 er und 90 er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Innungen erhielten die Stellung von Organen der gewerblichen Selbstverwaltung mit wichtigen öffentlich-rechtlichen Aufgaben und Befugnissen. Selbst die Zwangsinnungen setzten sich durch. Allerdings wurde diesen als Gegengewicht gegen den Beitrittszwang ein Maulkorb angelegt im § 100 q der Gewerbeordnung, der bestimmt, daß die Zwangsinnungen ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken dürfen, und daß entgegenstehende Beschlüsse ungültig sind.

Die Zwangsinnungen können also ihren Mitgliedern in der Preisbemessung Schranken nicht auferlegen. Sie können weder Höchstpreise vorschreiben, die nicht überschritten werden dürfen, noch Mindestpreise, unter die nicht heruntergegangen werden darf. Dieses Verbot erwies sich als eine lästige Fessel der Zwangsinnungen. Je mehr sie Freunde, Anhänger und Befürworter sich zu erwerben mußten, desto entschiedener mußte der Widerspruch gegen diese Beschränkung der Zwangsinnungen in ihrer gewerblichen Betätigung aus § 100 q GO. laut werden, und dies um so mehr, als die Freien Innungen und die sonstigen Vereinigungen von Gewerbetreibenden, die im Laufe der Jahre entstanden und vielfach zu großer Blüte, zu Einfluß und Ansehen gekommen waren, von diesem Hemmnis frei waren. Der Ruf nach Beseitigung des § 100 q GO. wurde darum immer lebhafter und wäre wohl nicht verhallt, hätten nicht der Weltkrieg und seine furchtbaren Folgen für unser Volk die Tätigkeit der Gesetzgebung für andere Aufgaben ganz in Anspruch genommen. Auf der anderen Seite hat die Entwicklung der Berufsvereine,